

KARIKATUR DER WOCHE



SCHWARZ UND WIRZ Die Mogelpackung der «christlichen Freiheit»

Von GERHARD SCHWARZ

Als Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban an der Sommeruniversität für die Studenten der Fidesz im siebenbürgischen Baile Tusnad 2014 eine «illiberale Demokratie» als politisches Ziel vorstellte, löste er in vielen Medien einen Sturm der Entrüstung aus. Der Begriff dürfte 1997 vom amerikanischen Publizisten Fareed Zakaria prominent lanciert worden sein, allerdings in anderem Sinne. Jene, die schrieben, Orban verkenne, dass Demokratie und Liberalismus zwei Seiten der gleichen Medaille seien, hatten nicht unrecht. Langfristig ist kaum vorstellbar, dass Menschen, die in Wirtschaft und Gesellschaft viele Freiheiten genossen, nicht auch in der Politik Freiheit und Mitsprache fordern – und umgekehrt.

Kürzerfristig gilt diese sogenannte Interdependenz der Ordnungen indessen nicht. Das kommt daher, dass es sich bei der Demokratie um ein Entscheidungsverfahren handelt, beim Liberalismus aber um einen Inhalt, ein politisches Ziel. Deswegen gibt es autoritäre Regime mit einer Art «benevolent dictator» (als Paradebeispiel gilt Singapur), die in vielen Belangen, zumal in der Wirtschaftspolitik, oft liberaler agieren als westliche Demokratien. Und deswegen können westliche Demokratien einen Hang zum umverteilenden Wohlfahrtsstaat entwickeln und sich immer mehr von der liberalen Idee der Selbstverantwortung und Selbstbestimmung entfernen. Mehrheiten können auch sehr illiberale Gesetze stützen. Mit rechtsstaatlichen Prinzipien und der Garantie von Menschenrechten, auch ökonomischen Grundrechten wie dem Schutz des Privateigentums, lässt sich das bremsen, aber kaum verhindern. Es gibt also durchaus illiberale Demokratien, aber dabei handelt es sich eher um die zunehmend etatistischen Regime Westeuropas als um national-konservative Staaten, wie sie Orban vorschweben.

Nun hat Orban vor einer Woche, ziemlich genau fünf Jahre später, am selben Ort nachgelegt und in seiner Rede zur Lage der Nation dargelegt, was er unter einer illiberalen Demokratie versteht. Dazu hat er ein Schreckgespenst des Liberalismus gezeichnet, das von der Realität weiter entfernt ist, als es die Märchen der Gebrüder Grimm sind. Er sagt, gemäss der liberalen Freiheitsinterpretation sei man nur frei, wenn man sich von allem, was einem binde, befreie: «von Grenzen, von der Vergangenheit, von der Sprache, vom Glauben, von der Kultur und von der Tradition» (Übersetzung Krisztina Koenen). Das Gegenteil ist der Fall. Der Liberalismus erlaubt es den Menschen, ihre Religion, Kultur und Sprache zu pflegen, auch als Minderheiten. Liberale sind per se weder Agnostiker noch ohne kulturelle Bindung. Was der ungarische Ministerpräsident als «christliche Freiheit» verkauft, ist daher eine Mogelpackung und meint das Gegenteil von Freiheit. Ihm schwebt offenbar vor, dass innerhalb eines Staates nur Raum für eine Religion, eine Sprache und eine Kultur herrscht. Genauso unsinnig ist die Behauptung, der Liberalismus habe mit der Tradition nichts am Hut. Das Werk Friedrich von Hayeks ist voll des Lobes über den Sinn der Tradition, über die Weisheit der Vorfahren, über den Wert von Gewohnheiten und Bräuchen. So heisst es in seiner «Verfassung der Freiheit»: «Eine erfolgreiche freie Gesellschaft wird immer in einem hohen Mass eine traditionsgebundene Gesellschaft sein.» Deshalb ist Orbans Diffamierung des Liberalismus nichts anderes als eine raffinierte Strategie, um unter dem Titel nationaler Identität und christlichen Glaubens die Freiheit einzuschränken. Ein solches Ansinnen kann, sofern es von einer Mehrheit getragen wird, demokratisch sein. Dagegen ist es sicher weder freiheitlich noch christlich.

Gerhard Schwarz ist unter anderem Präsident der Progress Foundation.

Eine Allianz gegen das aufstrebende China

Selbstschädigende Russland-Sanktionen

Gastkommentar

von JOSEF BRAML

Der amerikanische Präsident Donald Trump und seine Wirtschafts- und Sicherheitsberater haben denkbar schlechte wirtschaftliche und geopolitische Argumente gegen Deutschland wegen seiner Pläne zu Nord Stream 2. Ein Interessenausgleich zwischen den USA und Russland wäre schon deshalb notwendig, um Chinas raumgreifende Aktivitäten einzudämmen. Doch Trump sind vorerst innenpolitisch die Hände gebunden – durch den Sonderermittler Robert Mueller und den Kongress.

Das ist erstaunlich. Denn vor allem die republikanischen Abgeordneten und Senatoren haben im politischen Alltagsgeschäft bisher wenig Courage gezeigt, ihrem Präsidenten wirklich in die Hand zu greifen. Sie haben sogar in der Handelspolitik darauf verzichtet, die eigenen Machtbefugnisse im System der sogenannten Checks and Balances, der konkurrierenden und sich damit gegenseitig kontrollierenden politischen Gewalten, zu wahren.

Fluch der Ressourcen

Es war daher umso bemerkenswerter, dass der Kongress in der Frage der Sanktionen gegen Russland machtbewusst den Präsidenten an die Kande nahm. Trump musste – auch mit Blick auf Muellers Sonderermittlungen gegen ihn – sogar davon absehen, die Sanktionen des Kongresses mit seinem Veto zu verhindern, weil er ohnehin von beiden Legislativkammern mit jeweils einer Zweidrittelmehrheit überstimmt worden wäre.

Um diese Niederlage zu kaschieren und um hinsichtlich der Sonderermittlungen seinen Unterstützern glaubhaft zu versichern, dass er nicht, wie seine Herausforderin Hillary Clinton bereits im Wahlkampf behauptet hatte, «Putins Marionette» sei, hat Trump seitdem keine Gelegenheit ausgelassen, auch dem russischen Machthaber öffentlichkeitswirksam die Stirn zu bieten.

Die Sanktionen haben jedoch bisher nicht dazu beigetragen, das aussenpolitische Verhalten des Kreml-Führers im Sinne westlicher Strategien zu verändern – im Gegenteil: Dank den westlichen Sanktionen kann der russische Präsident Putin durch eine antiwestliche Propaganda von der Schwäche seiner Regierung im sozialen und im wirtschaftlichen Bereich ablenken.

Die unbefriedigten Grundbedürfnisse seiner Bevölkerung nach sozialer und ökonomischer Sicherheit werden durch den Konsum einer bewährten Massendroge überkompensiert: Nationalismus, der durch Abgrenzung von äusseren Feinden geschaffen wird. Der sogenannte Wes-

Die angeschlagene Weltmacht USA benötigt die «Regionalmacht» Russland, um China, die andere, aufsteigende Grossmacht, einzudämmen.

ten muss als Sündenbock für das eigene Reformversagen und Missstände herhalten. Putin kann die Sanktionen westlicher Staaten instrumentalisieren, um den eigenen Machterhalt zu sichern: Die Androhung weiterer Wirtschaftssanktionen ermöglicht es ihm umso mehr, im eigenen Land ein patriotisches Wir-Gefühl, eine Wagenburgmentalität zu schaffen.

Viel stärker als die Sanktionen haben in der Zwischenzeit die niedrigen Ölpreise den Machtapparat in Moskau in die Bredouille gebracht. Denn die Stabilität des russischen Regimes hängt wesentlich von den Einnahmen aus den Energieexporten ab. Sollten die verkauften Mengen an Öl und Gas oder der dafür veranschlagte Preis über einen längeren Zeitraum spürbar sinken, wäre Putins autokratische Herrschaft gefährdet.

Auch Washington ist nicht verborgen geblieben, dass die russische Führung grosse Schwierigkeiten hat, ihre Politik und ihre Wirtschaft vom Ressourcenfluch zu befreien. Zwar sind noch üppige Reserven vorhanden, doch angesichts der Korruption bei der staatlich dominierten Rohstoffausbeutung besteht die Gefahr, dass eine zerfallende russische Autokratie die USA und Europa vor noch grössere Herausforderungen stellen wird als die weiland in der Ukraine-Krise zur Schau gestellte Energiepotenz des Kreml-Führers.

Des Weiteren befürchten US-Sicherheitsexperten, etwa von der Brookings Institution, schon seit längerem, dass Sanktionen im Energiebereich den USA selbst schaden – unmittelbar und auf lange Sicht: Sie bestärken Putin darin, seine nach Asien gerichtete Diversifizierungsstra-

tegie mit noch grösserer Dringlichkeit zu forcieren. Die russische Führung wird versuchen, ihre Kundschaft auszuweiten. Neben Europa sollen nach den Plänen des Kremls künftig auch energiebedürftige asiatische Länder, allen voran China, mit russischen Rohstoffen versorgt und damit Einnahmen und Regime dauerhaft gesichert werden.

Insofern haben amerikanische Verhandlungsführer denkbar schlechte wirtschaftliche und geopolitische Argumente gegen Deutschland wegen seiner Nord-Stream-2-Pläne, wonach noch mehr russisches Erdgas aus den Feldern Sibiriens über St. Petersburg bis nach Greifswald transportiert werden soll. Im Vergleich zum russischen Erdgas käme Amerikas Flüssiggas (Liquefied Natural Gas, LNG), das mit Schiffen und in den Häfen über noch zu finanzierende Terminals transportiert werden müsste, viel teurer – wenn man wirklich marktwirtschaftliche Prinzipien bei der Entscheidungsfindung zugrunde legt.

Allianz gegen China

Und auch das geopolitische Argument, wonach Europa für seine Sicherheit auch bei seiner Energieversorgung einen höheren Preis (an die Schutzmacht USA) zu zahlen habe, ist kurz-sichtig. Deutschland kaufe sein Erdgas für Milliarden Euro von Russland, verlasse sich jedoch als Trittbrettfahrer auf die Schutzmacht USA, die Deutschland vor allem vor russischer Aggression bewahre, lautete Trumps vehemente Kritik beim jüngsten Nato-Gipfel in Brüssel.

Diese Sicht ist vergangenheitsorientiert und dabei auch noch geschichtsvergessen. So versuchte etwa auch Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg mässigend auf Trump einzuwirken, mit dem Verweis, dass selbst während des Kalten Krieges Russland immer ein verlässlicher Energielieferant des Westens war. Und auf längere, geostrategische Sicht steht für die USA und ihre westlichen Verbündeten nicht Russland, der Gegenspieler aus längst vergangenen Zeiten des Kalten Krieges, im Zentrum der Sicherheitsüberlegungen, sondern die aufstrebende Macht China.

Politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger in Deutschland und Europa sollten sich darauf einstellen, dass die Abgeordneten und Senatoren im amerikanischen Kongress ihre Sanktionen gegen Russland in dem Masse lockern werden, in dem die angeschlagene Weltmacht USA die «Regionalmacht» Russland benötigt, um China, die andere, aufsteigende Grossmacht, einzudämmen.

Josef Braml ist Leiter des USA/Transatlantik-Programms der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).